

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Rates am 29.09.2016
(10. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Beschluss über Änderungen 3. Beschluss über die 2. Änderung der Gestaltungssatzung Nr. 25 4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/0480/2016	6
3 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 in Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Beschluss über Änderungen 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB Vorlage: FB4/0458/2016	8
4 Regionalplan Düsseldorf (RPD) Stellungnahme der Stadt Meerbusch zum 2. Entwurf des Regionalplanes Düsseldorf Vorlage: FB4/0487/2016	9
5 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primärbereich Vorlage: FB2/0477/2016	10
6 II. Änderung der Entgeltordnung für das Forum Wasserturm und die Teloy-Mühle vom 16. Oktober 2003 Vorlage: FB3/0471/2016	10
7 IV. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadtbibliothek Meerbusch Vorlage: FB3/0475/2016	10
8 VII. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Meerbusch Vorlage: FB3/0455/2016	11
9 Sechste Änderung der Gebührensatzung der Städtischen Musikschule Vorlage: FB3/0482/2016	11
10 Benutzungs- und Entgeltordnung für das Bürgerhaus in Meerbusch-Lank Vorlage: SIM/0466/2016	11
11 Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 3. Mai 2016 Vorlage: FB1/0470/2016	11

12	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/0472/2016	12
13	Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Meerbusch bei Einsätzen der Feuerwehr Vorlage: FB1/0473/2016	12
14	Gebührensatzung über die Erhebung von Gebühren für die im Gebiet der Stadt Meerbusch stattfindenden Wochenmärkte Vorlage: FB1/0478/2016	12
15	Jahresabschluss 2014	13
15.1	Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2014 Vorlage: RPA/0494/2016	13
15.2	Jahresabschluss 2014 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich Vorlage: SFI/0026/2016	14
16	Jahresabschluss 2015	14
16.1	Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2015 Vorlage: RPA/0496/2016	14
16.2	Jahresabschluss 2015 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich Vorlage: SFI/0027/2016	15
17	Änderung der Geschäftsverteilung der Beigeordneten Vorlage: BM/0465/2016	16
18	Breitbandversorgung auf Meerbuscher Stadtgebiet bis zum Jahr 2018 Vorlage: FB5/0145/2016	16
19	Besetzung des Ausschusses für Schule und Sport mit Vertretern des Stadt-Sport-Verbandes Meerbusch e.V. als beratende Mitglieder Vorlage: ZD/0460/2016	17
20	Besetzung des Bau- und Umweltausschusses mit Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 GO NRW Vorlage: BM/0464/2016	17
21	Anträge	18
21.1	Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 5. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0136/2016	18
21.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0139/2016	18
21.3	Antrag der UWG-Fraktion vom 23. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0143/2016	18
22	Anfragen	19
22.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2016 betr. Beteiligungen der Stadt/Transparenzregelungen Vorlage: ZD/0062/2016	19
23	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	19
24	Termin der nächsten Sitzung: 27. Oktober 2016	19

25	Verschiedenes	19
25.1	Umsetzung der Planung für die Unterbringung der Flüchtlinge	19
25.2	Verkehrsregelung Xantener Straße in Meerbusch-Strümp	20
25.3	Wirtschaftswege	20
25.4	Renovierung Verwaltungsgebäude Dr.Franz-Schütz-Platz	20
25.5	Radwege	20
25.6	Kindergarten Laacher Weg, Meerbusch-Büderich	21

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied
Frau Renate Kox	Ratsmitglied
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien
Frau Kirsten Steffens	Bereichsleiterin Fachbereich 4

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Angela Gröters	Ratsmitglied
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Schulz	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied
---------------------------	--------------

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass mit Einverständnis des Rates unter TOP 21.3 ein Antrag der UWG-Fraktion auf Ausschussumbesetzung, unter TOP 22.1 eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Beteiligungen der Stadt / Transparenzregelungen und unter TOP 22.2 eine Anfrage der SPD-Fraktion betr. Umsetzung der Planungen zur Unterbringung von Flüchtlingen behandelt werden.

Weiterhin kann TOP 5 von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport die Angelegenheit vertagt haben.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

- 2 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp**
- 1. Beschluss über Stellungnahmen**
 - 2. Beschluss über Änderungen**
 - 3. Beschluss über die 2. Änderung der Gestaltungssatzung Nr. 25**
 - 4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**
- Vorlage: FB4/0480/2016**

Beschluss:

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1772), sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB gemäß Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage zu.

Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zu dem Bebauungsplan-Entwurf 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Anregungen und Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entsprechend Anlage 2 zur vorliegenden Vorlage.

2. Beschluss über Änderungen

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276 in Meerbusch-Strümp, Strümper Busch / Im Plötschen im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp in grüner Farbe.

Es handelt sich insbesondere um:

- Ergänzung der Zweckbestimmung innerhalb der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
- Redaktionelle Änderungen in den textlichen Festsetzungen
- Redaktionelle Ergänzungen in der Legende zur Planzeichnung

3. Beschluss über die 2. Änderung der Gestaltungssatzung Nr. 25

Der Rat der Stadt beschließt die 2. Änderung der Gestaltungssatzung Nr. 25 für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276 in Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp, gemäß § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW. S. 496) in Verbindung mit § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV.NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2014 (GV.NRW. S. 294).

4. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 in Meerbusch-Strümp, Am Strümper Busch / Im Plötschen im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV.NRW. S. 496) als Satzung mit der Begründung vom 22.08.2016

für ein Gebiet, das die städtischen Flächen, Gemarkung Strümp, Flur 9, Flurstücknummer 518 umfasst und im Westen durch die Straße „Am Strümper Busch“, im Norden durch die Osterather Straße (L154), im Osten durch die vorhandene Lärmschutzanlage und im Süden durch die südliche Begrenzungslinie der Gerhart-Hauptmann-Straße und die nördliche Begrenzungslinie des weiterführenden Fuß- und Radweges begrenzt ist, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB in der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276.

Mit Rechtskraft der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 tritt der Bebauungsplan Nr. 276, soweit er von der 1. Änderung des Bebauungsplanes überlagert wird, teilweise außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		1	
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	44	1	

Ratsherr Damblon berichtet von den Vorberatungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

- 3 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 in Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße**
- 1. Beschluss über Stellungnahmen**
 - 2. Beschluss über Änderungen**
 - 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**
- Vorlage: FB4/0458/2016**

Beschluss:

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Einwendungen nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1772), sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB gemäß Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage zu.

Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Einwendungen und den Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entsprechend Anlage 2 zur vorliegenden Vorlage.

2. Beschluss über Änderungen

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 in Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße in grüner Farbe.

Es handelt sich insbesondere um:

- Belange der Bodendenkmalpflege
- Hinweis zum Immissionsschutz
- Ergänzung zum Artenschutz

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Der Rat der Stadt beschließt die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 in Meerbusch-Lank-Latum im Bereich der Uerdinger Straße / Rottstraße, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV.NRW. S. 496) als Satzung mit der Begründung vom 2. August 2016 für ein Gebiet, das die städtischen Flächen, Flurstücke 523 und 524 der Flur 5 der Gemarkung Latum umfasst, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB in der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267.

Mit Rechtskraft der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 treten der Bebauungsplan Nr. 267 und die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 267 soweit sie von der Bebauungsplanänderung überlagert werden, teilweise außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG			1
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	44		1

Ratsherr Damblon berichtet von den Vorberatungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

**4 Regionalplan Düsseldorf (RPD)
Stellungnahme der Stadt Meerbusch
zum 2. Entwurf des Regionalplanes Düsseldorf
Vorlage: FB4/0487/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der Stellungnahme zum 2. Entwurf des Regionalplanes Düsseldorf entsprechend der Anlage zur vorliegenden Vorlage zu und beauftragt die Verwaltung, die Stellungnahme in das formelle Beteiligungsverfahren einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD		8	
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		1	
Die Linke/Piratenpartei		2	
Die Aktiven		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	28	17	

Ratsherr Damblon berichtet von den Vorberatungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass die SPD die Fläche entlang der Stadtbahntrasse im Stadtteil Strümp nicht als Sondierungsfläche durchsetzen konnte. Aus diesem Grunde werde man dem Beschlussvorschlag nicht folgen.

Ratsherr Peters nimmt Bezug auf die Dreiecksfläche „Großes Witzfeld“ am Ortseingang des Stadtteils Buderich. Hier seien 170 Wohneinheiten dargestellt. Die Fläche sei aber nur deshalb als ASB-Fläche ausgewiesen, um dem dort ansässigen Gartenbaubetrieb eine Erweiterungsmöglichkeit einräumen zu können.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Ausweisung vorrangig zur Erweiterung des Gartenbaubetriebs erfolgte. Die Wohnbebauung sei optional und könne in 10 oder 15 Jahren angegangen werden, oder aber auch gar nicht, wenn der Rat hier keine Bebauung wünsche.

Ratsherr Rettig erklärt, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde, dies insbesondere wegen der Größe des interkommunalen Gewerbegebietes. Ratsherr Marc Becker erklärt, dass man im Großen und Ganzen der Vorlage folge, sie aufgrund des Interkommunalen Gewerbegebietes aber dennoch ablehnen müsse.

Ratsherr Damblon nimmt Bezug auf das von Ratsherrn Peters angesprochene Gebiet „Großes Witzfeld“. Eine Ausweisung als ASB-Fläche sei in der Tat nur deshalb erfolgt, um für den ansässigen Gartenbaubetrieb Erweiterungsoptionen zu haben. Er schlage eine entsprechende Protokollnotiz vor. Der Rat der Stadt sieht hier keine Flächen für eine Wohnbebauung. Hierzu kommt Zustimmung von allen Fraktionen.

**5 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
Vorlage: FB2/0477/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**6 II. Änderung der Entgeltordnung für das Forum Wasserturm und die Teloy-Mühle vom 16. Oktober 2003
Vorlage: FB3/0471/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte II. Änderung zur Entgeltordnung für das Forum Wasserturm und die Teloy-Mühle.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Neuhausen berichtet von den Vorberatungen im Kulturausschuss.

**7 IV. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadtbibliothek Meerbusch
Vorlage: FB3/0475/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die beigefügte IV. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadtbibliothek Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Neuhausen berichtet von den Vorberatungen im Kulturausschuss.

**8 VII. Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB3/0455/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte VII. Änderung zur Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Neuhausen berichtet von den Vorberatungen im Kulturausschuss.

**9 Sechste Änderung der Gebührensatzung der Städtischen Musikschule
Vorlage: FB3/0482/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die beigefügte sechste Änderung der Gebührensatzung der Städtischen Musikschule.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Neuhausen berichtet von den Vorberatungen im Kulturausschuss.

**10 Benutzungs- und Entgeltordnung für das Bürgerhaus in Meerbusch-Lank
Vorlage: SIM/0466/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung, sowie die Hausordnung für das Bürgerhaus in Meerbusch-Lank.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über die Vorberatungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet die Verwaltung offensiv an die ortsansässigen Vereine heranzutreten, um eine stärkere Auslastung des Hauses zu erreichen. Die Möglichkeit, jetzt auch gewerbliche Nutzungen zu ermöglichen begrüße sie.

**11 Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom 3. Mai 2016
Vorlage: FB1/0470/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Vorberatungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

- 12 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB1/0472/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Meerbusch sowie der dazugehörigen Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Vorberatungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

- 13 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Meerbusch bei Einsätzen der Feuerwehr
Vorlage: FB1/0473/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Meerbusch bei Einsätzen der Feuerwehr sowie den Tarif zu dieser Satzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Vorberatungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

- 14 Gebührensatzung über die Erhebung von Gebühren für die im Gebiet der Stadt Meerbusch stattfindenden Wochenmärkte
Vorlage: FB1/0478/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die Gebührensätze für die Wochenmärkte im Gebiet der Stadt Meerbusch nach dem Verwaltungsvorschlag festzusetzen und den Erlass der beigefügten Satzung über die Erhebung von Gebühren für die im Gebiet der Stadt Meerbusch stattfindenden Wochenmärkte.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den Vorberatungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

15 Jahresabschluss 2014**15.1 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2014**

Vorlage: RPA/0494/2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz an den Stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und von der Bürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2014 in der Fassung vom 27. 09. 2016 gem. § 96 GO NRW festzustellen.

Der Jahresabschluss weist folgende Werte aus:

Bilanzsumme:

Aktiva	Passiva
578.626.443,67 €	578.626.443,67 €

Ergebnisrechnung:

Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag
134.998.058,19 €	136.055.332,39 €	1.057.274,20 €

Finanzrechnung:

Einzahlungen	Auszahlungen	Veränderung eigener Finanzmittel
139.573.583,07€	139.732.835,18 €	-159.252,11 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Gleichzeitig beschließt der Rat, der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	1		
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	5	

Ratsherr Herbert Becker berichtet von den Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss und stellt dem Rat die festgestellten Ergebnisse hinsichtlich der Bilanzsumme, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung dar.

15.2 Jahresabschluss 2014 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich
Vorlage: SFI/0026/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, den Jahresfehlbetrag i.H.v. 1.057.274,20 € gegen die Allgemeine Rücklage auszugleichen.

Des Weiteren wird die Allgemeine Rücklage i.H.v. 209.033,73 € zu Gunsten des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich belastet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

16 Jahresabschluss 2015

16.1 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2015
Vorlage: RPA/0496/2016

Beschluss:

- Der Rat beschließt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und von der Bürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2015 in der Fassung vom 27. 09. 2016 gem. § 96 GO NRW festzustellen.

Der Jahresabschluss weist folgende Werte aus:

Bilanzsumme:

Aktiva	Passiva
578.057.795,26 €	578.057.795,26 €

Ergebnisrechnung:

Erträge	Aufwendungen	Fehlbetrag
139.283.892,23 €	14 1.056.446,42 €	1.772.554,19 €

Finanzrechnung:

Einzahlungen	Auszahlungen	Veränderung eigener Finanzmittel
147.631.661,42 €	141.985.430,38 €	5.646.231,04 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Gleichzeitig beschließt der Rat, der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	1		
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	40	5	

Ratsherr Herbert Becker berichtet von den Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss und stellt dem Rat die festgestellten Ergebnisse hinsichtlich der Bilanzsumme, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung dar.

16.2 Jahresabschluss 2015 – Vorschlag für die Abwicklung des Jahresfehlbetrages u. die Zuführung an den Sonderposten für den Gebührenaussgleich
Vorlage: SFI/0027/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, den Jahresfehlbetrag i.H.v. 1.772.554,19 € gegen die Allgemeine Rücklage auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Fiebig erläutert, dass im Wege des Passivtausches 990.294,10 € von der Allgemeinen Rücklage in den Sonderposten "Gebührenaussgleich" umgebucht würden.

17 Änderung der Geschäftsverteilung der Beigeordneten
Vorlage: BM/0465/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Aufgabenbereich „Umwelt“ dem Technischen Beigeordneten zuzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP			5
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	1		
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin			
Gesamt	33	6	5

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.06.2016 erfolgte einvernehmliche Verständigung hin, den Aufgabenbereich Umwelt vom Geschäftsbereich des Ersten Beigeordneten in den Geschäftsbereich des Techn. Beigeordneten zu verlagern. Durch die Verlagerung biete sich die Möglichkeit, Verwaltungseffizienz und die Entscheidungsabläufe zu optimieren, da die wesentlichen Themenstellungen mit Umweltrelevanz in der Ausführung von den Fachbereichen des Technischen Dezernates umgesetzt werden müssten. Der Aufgabenbereich sollte als Querschnittsfunktion nicht einem Fachbereich des Technischen Dezernates sondern als Stabstelle unmittelbar dem Technischen Beigeordneten zugeordnet werden.

Ratsherr Peters äußert Bedenken gegen die Zuordnung, weil hierdurch möglicherweise die Unabhängigkeit des Umweltbereiches tangiert wird, insofern plädiere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Beibehaltung der Geschäftsverteilung. Ratsfrau Niederdellmann-Siemens sowie Ratsherr Damblon halten eine geänderte Zuordnung aufgrund der erwarteten Prozessoptimierung für sinnvoll.

18 Breitbandversorgung auf Meerbuscher Stadtgebiet bis zum Jahr 2018
Vorlage: FB5/0145/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, die in der Anlage beigefügte Kooperationsvereinbarung mit dem Rhein-Kreis-Neuss zum Breitbandausbau zu unterzeichnen. Der hierzu erforderliche Betrag von 132.000 € für den Eigenmittelanteil wird außerplanmäßig für 2016 als Verpflichtungsermächtigung mit Kassenwirksamkeit in 2017 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert die Beratungsvorlage und verweist darauf, dass eine Markterkundung in einem größeren Verbund Sinn mache und deshalb eine Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss und den Städten und Gemeinden erfolgen soll. Eine Standardanbindung der Haushalte mit 50 Mbit/Sek.. werde angestrebt. Die Kosten belaufen sich auf 132.000 €, von de-

nen 50% der Bund und 40% das Land finanziere. Für Meerbusch sei eine 10-prozentigen Eigenbeteiligung vorgesehen.

Ratsherr Marc Becker zeigt sich verwundert, dass das Thema nicht zunächst im Bau- und Umweltausschuss erörtert werde. Er halte die Unterlagen auch für unzureichend, um heute eine Entscheidung treffen zu können. Technischer Beigeordneter Assenmacher weist auf die Dringlichkeit hin. Der Rhein-Kreis Neuss wolle im Oktober noch die Ausschreibung fertigen. Die Ratsherren Damblon und Peters sprechen sich für eine schnelle Umsetzung aus, damit man auch zeitnah von der schnelleren Geschwindigkeit des Breitbandnetzes profitiere.

**19 Besetzung des Ausschusses für Schule und Sport mit Vertretern des Stadt-Sport-Verbandes Meerbusch e.V. als beratende Mitglieder
Vorlage: ZD/0460/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Antrag des Stadt-Sport-Verbandes Meerbusch e.V., Herrn Karl-Heinz Rütten als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Paul Drexler als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schule und Sport zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**20 Besetzung des Bau- und Umweltausschusses mit Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 GO NRW
Vorlage: BM/0464/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Oswald Hepner als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Albert Gülmann als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Bau- und Umweltausschuss zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		1	
Die Linke/Piratenpartei	2		
Die Aktiven	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	23	22	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Vorlage. Ratsherr Damblon spricht sich für seine Fraktion für die von der Verwaltung dargestellte Alternative aus. Die Vertreter der übrigen Fraktionen erachten eine Mitarbeit des Seniorenbeirates im Bau- und Umweltausschuss für sinnvoll.

21 Anträge**21.1 Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 5. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0136/2016****Beschluss:**

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussumbesetzung:

Sozialausschuss

Ordentliches beratendes Mitglied

streiche
setze

Napp, Natalie
Städter, Christian

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**21.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0139/2016****Beschluss:**

Der Rat beschließt die nachstehende Ausschussumbesetzung:

Jugendhilfeausschuss

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

persönlicher Vertreter v. Monika Driesel

streiche
setze

Sarah Winter
Morice-Constantin Ippers

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**21.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 23. September 2016 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0143/2016****Beschluss:**

Der Rat beschließt nachfolgende Ausschussumbesetzungen:

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter

streiche

Sören Daft

Bau- und Umweltausschuss, Kulturausschuss, Sozialausschuss und Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter

streiche
setze

Sören Daft
Birgit Friedrich

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

22 Anfragen**22.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2016 betr. Beteiligungen der Stadt/Transparenzregelungen
Vorlage: ZD/0062/2016**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf den Schriftverkehr zwischen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ihr hin, der den übrigen Fraktionen in Kopie zugegangen sei, nachdem die Verwaltung aufgrund der Komplexität und hohen Fachspezifik der Fragen und vor dem Hintergrund der bestehenden und teilweise streitigen Konkurrenz zwischen landesrechtlichem Gemeinderecht und bundesrechtlichem Handels-, Gesellschafts- und Aktienrecht in Verbindung mit den Gesellschaftsverträgen die Notwendigkeit sehe, für eine sachgerechte Beantwortung ein Wirtschaftsprüfungsbüro zu beauftragen. Die Stellungnahme des Wirtschaftsprüfungsbüros würde dann diesseits um kommunalverfassungsrechtliche Aspekte in Bezug auf die vorliegenden Fragestellungen ergänzt. Aus Gründen der Praktikabilität solle das Wirtschaftsprüfungsbüro Verhülsdonk, das im Auftrag des Aufsichtsrates der wbm, der mehrheitlich mit vom Rat der Stadt Meerbusch gewählten Vertretern besetzt sei und den Jahresabschluss 2015 geprüft habe, beauftragt werden, da das Büro über alle gesellschaftsvertraglichen Grundlagen auch der Gesellschaften, an denen die Stadt mittelbar beteiligt ist, verfüge.

In der nachfolgenden Diskussion äußern die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratscherr Peters, Ratscherr Quaß sowie Ratscherr Mocka Bedenken gegen die Beauftragung eines Büros, welches für die wbm tätig sei. Diesen Bedenken schließt sich Ratscherr Rettig an. Ratscherr Damblon teilt die Bedenken ausdrücklich nicht und weist auf die Unabhängigkeit des Büros hin; gerade vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit verfüge das Büro über alle beurteilungsrelevanten Unterlagen. In der anschließenden Diskussion sprechen sich die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, zunächst eine Beratung durch die Kommunal Agentur NRW in Anspruch zu nehmen, da voraussichtlich ähnliche Problemstellungen, wie in der Anfrage aufgeworfen, auch in anderen Kommunen bestünden.

Anmerkung:

Der Geschäftsführer der Kommunalagentur hat auf Anfrage mitgeteilt, dass eine entsprechende Beratungsleistung nicht erbracht werden kann, da die Agentur nicht über das notwendige juristische Know-how in der angefragten Themenstellung verfüge. Er hat empfohlen, hierzu ein Wirtschaftsprüfungsbüro zu beauftragen, welches die erforderlichen Fachkenntnisse vorhält. Die Verwaltung hat daraufhin das Büro RSM Verhülsdonk beauftragt.

23 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

24 Termin der nächsten Sitzung: 27. Oktober 2016

Die nächste Sitzung des Rates findet am 27. Oktober 2016 statt.

25 Verschiedenes**25.1 Umsetzung der Planung für die Unterbringung der Flüchtlinge**

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt nach dem Stand der Abwicklung des vom Rat beschlossenen Unterbringungskonzeptes für die Standorte Strümper Busch, Am alten Teich, Insterburger Straße und Rottstraße.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass der Rat in seiner heutigen Sitzung den Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 beschlossen habe, der in einer Teilfläche den Bau von 12 Reihenhäusern ermögliche. Aufgrund der Verkürzung von Asylverfahren steige der Bedarf an sozialem Wohnraum bei einem voraussichtlich sich abzeichnenden Rückgang eines Bedarfes für Plätze in Gemeinschaftsunterkünften. Schon heute lebten mehr als 60 Asylbewerber mit Anerkennung in Gemeinschaftsunterkünften, weil sie keine Wohnung fänden. Durch den Aufbau von Kapazitäten in den Landeseinrichtungen habe sich die Zuweisungspraxis in der Weise verändert, dass weniger Asylbewerber ohne Bleibeperspektive an die Kommunen zugewiesen würden, als es noch in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Valide Aussagen zu künftigen Bedarfen seien unmöglich, gleichwohl zeige die aktuelle Situation, dass stärker in Wohnraum und weniger in Gemeinschaftsunterkünften investiert werden müsse, zumal derzeit durch die Errichtung der Unterkunft Am Eisenbrand noch weitere 200 Plätze geschaffen würden. Deshalb habe die Verwaltung mit der GWG besprochen, auch die 12 WE an der Insterburger Straße, die zunächst als Flüchtlingswohnheim errichtet werden sollten, als normale Sozialwohnungen zu bauen. Dies sei auch Inhalt der Beschlussvorlage, mit der sich der Planungs- und Liegenschaftsausschuss am 27.09. befasst hat und der Rat heute befasse.

Für das Gelände Am alten Teich werde entsprechend der Beschlussfassung im Rat derzeit das Baugenehmigungsverfahren durchgeführt. Eine Vergabe solle erst erfolgen, wenn sich tatsächlich der Bedarf an einer Erhöhung von Gemeinschaftsplätzen ergebe. Für den Neubau eines Flüchtlingswohnheimes an der Rottstraße sei der Baubeginn für Oktober 2016 geplant.

25.2 Verkehrsregelung Xantener Straße in Meerbusch-Strümp

Ratsherr Neuhausen spricht die verkehrliche Situation vor dem Apfelparadies in Strümp an und weist daraufhin, dass die dort installierten „Bischofsmützen“ in großen Teil bereits umgefahren worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, mit Straßen NRW, dem Baulastträger Kontakt aufzunehmen um die Schäden beheben zu lassen. Zu dem wird nochmals mit dem Eigentümer gesprochen, ob auf dem Grundstück nicht eine deutlichere Beschilderung vorgenommen werden kann.

25.3 Wirtschaftswege

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes spricht die Situation auf Meerbuscher Wirtschaftswegen an, die immer wieder von Autofahrern zur Abkürzung oder zur Stauumfahrung genutzt würden. Prekär wäre die Situation insbesondere auf dem Meyersweg. Dies wird von den Ratsherren Schoenauer und Hoppe bestätigt. Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

25.4 Renovierung Verwaltungsgebäude Dr.Franz-Schütz-Platz

Ratsfrau Niegeloh spricht die Berichtserstattung in der Presse bezüglich der Renovierung des Verwaltungsgebäudes Dr.-Franz-Schütz-Platz an, der sie entnommen habe, dass das Haus in seinen ursprünglichen Stil (Fassade) zurück versetzt werden soll. Dies führe in der Bevölkerung zu Unmut. Die Verwaltung verweist darauf, dass die Einzelheiten mit der Oberen Denkmalbehörde in Brauweiler abgestimmt worden seien..

25.5 Radwege

Ratsherr Peters fragt nach dem Stand der Radwegeentwicklung. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf die enge personelle Situation hin (Stellenvakanzen, Elternzeiten). Sie sagt zu, dass die Verwaltung darstellt, welche Maßnahmen noch nicht erledigt sind. Technischer Beigeordneter Assenmacher ergänzt, dass in der November bzw. Dezembersitzung des Bau- und Umweltausschusses ein Zwischenbericht zum Thema erfolge, der von der beauftragten Firma aus Hannover vorgetragen werde.

25.6 Kindergarten Laacher Weg, Meerbusch-Büderich

Ratsfrau Abbing verweist auf die provisorische Tempo 30-Zone vor dem neuen Kindergarten am Laacher Weg und stellt fest, dass sich dort nur wenige an die vorgegebene Geschwindigkeit halten würden. Zudem sei die Durchfahrt von LKW's nicht ausgeschlossen, dies sei aber nach ihrer Erinnerung Beschlusslage. Die Verwaltung sagt Prüfung zu und werde zudem den Rhein-Kreis Neuss auffordern, dort Geschwindigkeitskontrollen vorzunehmen.

Meerbusch, den 20. Oktober 2016

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in